

ISSUE NO. 10 | JUNI 2021

JUNGSOZIALIST*IN

Verbandsmagazin Jusos Nord-Niedersachsen

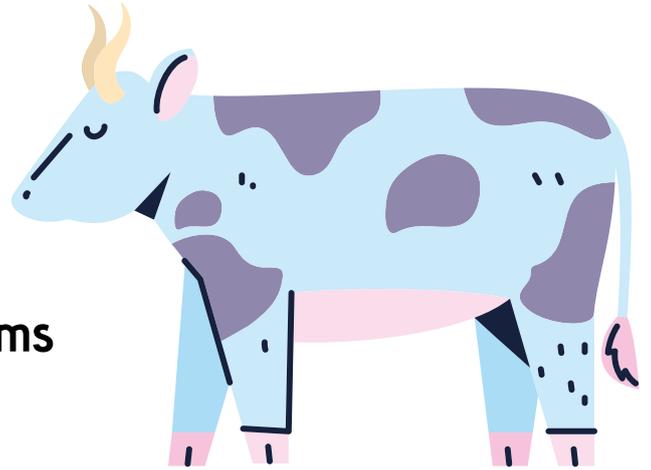
Ländlicher Raum



Inhalt

5 Grußwort des Bezirksvorsitzenden
Moin, Moin

6 Belana Schwarz, Kirsti Elle
Die Zukunft des ländlichen Raums



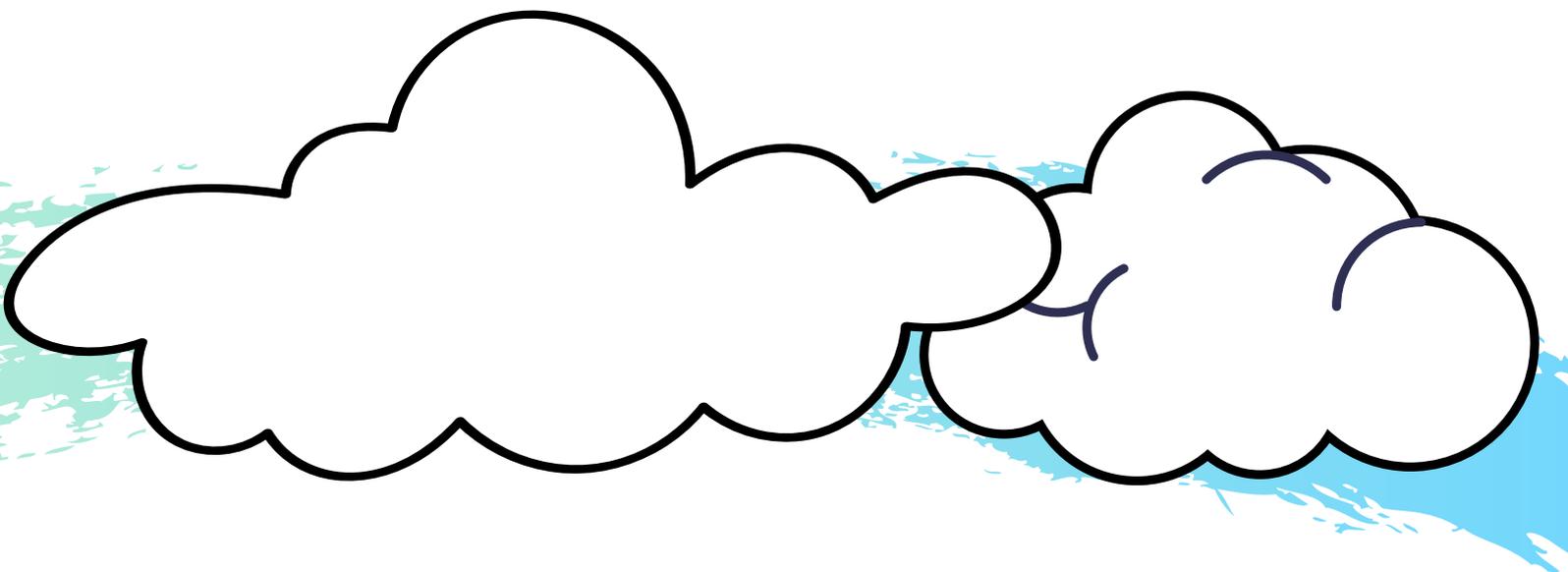
8 Gastbeitrag von Johannes Hochhaus, kooptiertes Mitglied des Landesvorstands der Jusos Niedersachsen
Der Al-Quds-Tag

10 Gastbeitrag von Aynur Colpan, Co-Vorsitzende der SPD Heidekreis, Ratsmitglied im Gemeinderat Buchholz
Kommunalpolitik im ländlichen Raum

12 Lasse Rebbin, Bezirksvorsitzender der Jusos Nord-Niedersachsen
Völkische Siedler*innen

14 von Belana Schwarz, stv. Bezirksvorsitzende
Medizinische Versorgung im ländlichen Raum und warum mehr getan werden muss, als zu klatschen

17 Gastbeitrag von Jannes Schulz, Jusos Cuxhaven
Was ist uns unsere Zukunft wert?



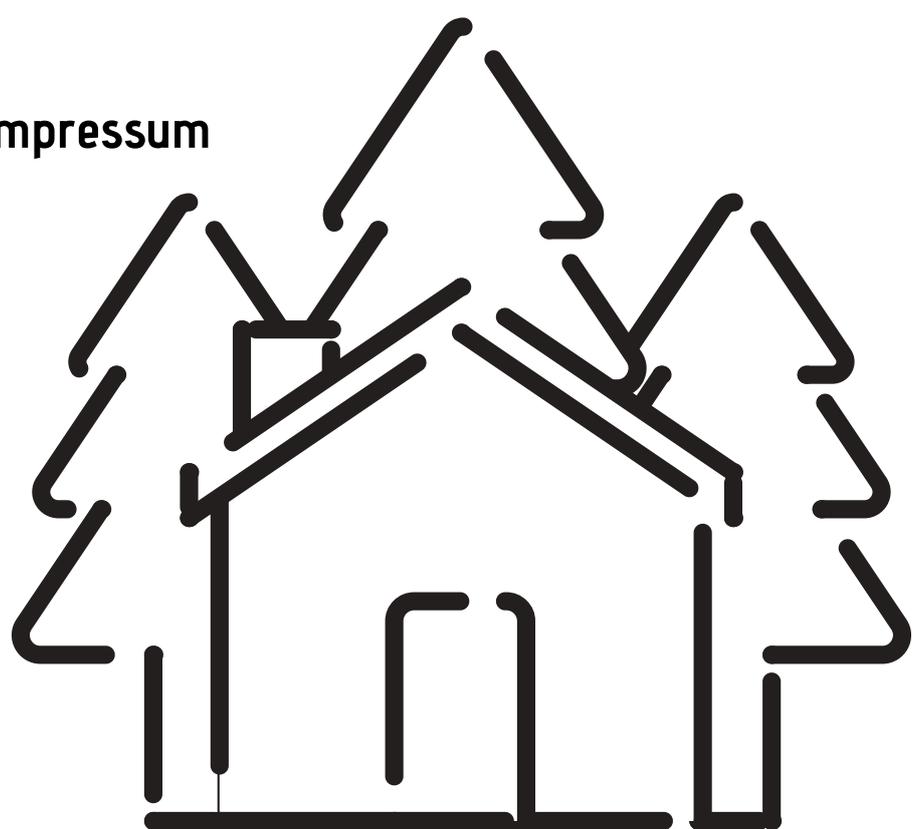
20 von Fynn Hinck, kooptiert im Bezirksvorstand
Warum riecht's hier noch so neoliberal?

23 von Franz Neuhaus, stv. Vorsitzender der Jusos Rotenburg, stv. Vorsitzender des Ortsvereins Bothel
Erdgasförderung und Fracking im ländlichen Raum

26 von Fynn Hinck, kooptiert im Bezirksvorstand
Buchempfehlung "Lohn, Preis und Profit"

27 Informationen vom Bezirksvorstand

28 Impressum



UNSER PODCAST IN DEINEM STREAMINGDIENST!



Listen on
Apple Podcasts



Spotify



SOUNDCLOUD



Moin, Moin

Als Jusos Nord-Niedersachsen sind wir in unserer alltäglichen politischen Arbeit mit den Herausforderungen des ländlichen Raums konfrontiert. Deshalb hat sich der Bezirksvorstand kurz vor dem Ende seiner Amtszeit mit dem Thema ländlicher Raum als Schwerpunkt auseinandergesetzt.

Die Co-Vorsitzende der SPD Heidekreis, Aynur Colpan, die auch Mitglied im Gemeinderat Buchholz ist, hat für uns einen Artikel verfasst, in dem sie über Kommunalpolitik im ländlichen Raum schreibt. Über die Erdgasförderung und das Fracking im ländlichen Raum hat der stellvertretende Vorsitzende der Jusos Rotenburg (Wümme) und des Ortsvereins Bothel Franz Neuhaus uns einen Artikel geschrieben. Ergänzt werden die Artikel über den ländlichen Raum von unserer stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Belana Schwarz und mir. Belana beschreibt, warum sich die medizinische Versorgung im ländlichen Raum verbessern muss und ich habe mir die sich leider weiter ausbreitenden völkischen Siedler*innen genauer angeschaut.

Zu Beginn erfahrt ihr von unseren Vorstandsmitgliedern Kirsti Elle, Belana Schwarz und Jonas Pagels, was der Bezirksvorstand über die Zukunft des ländlichen Raums erarbeitet hat. Aber auch andere Themen behandelt dieses Verbandsmagazin: Jannes Schulz, stellvertretender Vorsitzender der Jusos Cuxhaven, fragt danach, was unsere Zukunft uns Wert ist und schreibt im Zuge dessen auf, wie er sich eine progressive Umweltpolitik vorstellt. Über den antisemitischen AI-Quds-Tag hat uns außerdem unser kooptiertes Landes- und Bezirksvorstandsmitglied Johannes Hochhaus einen Artikel geschrieben. Und wer den Sozialismus in dieser Ausgabe bisher vermisst hat, sollte sich den Artikel über Armut und die Buchrezension unseres kooptierten Bezirksvorstandsmitglieds Fynn Hinck genauer anschauen.

Ich wünsche allen Leser*innen viel Freude mit dieser Ausgabe und freue mich auf eure Rückmeldung!

Mit jungsozialistischen Grüßen
Lasse

DIE ZUKUNFT DES LÄNDLICHEN RAUMS

von Belana Schwarz, Kirsti Elle

Der ländliche Raum spielt für den Natur- und Umweltschutz eine sehr wichtige Rolle und kann auch vielen Menschen eine Heimat bieten. Dazu ist es aber zwingend notwendig, dass das Potential des ländlichen Raums auch im breiten politischen Spektrum erkannt und entsprechend angegangen wird. Denn auf dem Land ist noch viel zu tun, um einerseits den Naturschutz voranzutreiben, und um andererseits den Menschen einen Ort zum Leben zu bieten, an dem sie sich wohlfühlen.

Seit Mitte April haben wir uns also vertiefend mit diesem Thema beschäftigt. Mit einem Erklärvideo über das Thema "Landflucht", haben wir die Ursachen und Probleme aufgezeigt, die dazu führen, dass immer mehr - vor allem jüngere - Menschen den ländlichen Raum verlassen und welche Folgen dies nach sich zieht. Neben fehlenden kulturellen Angeboten, trägt vor allem der (fehlende) ÖPNV und die Infrastruktur im ländlichen Raum dazu bei, dass es immer häufiger zur Landflucht kommt und somit das demografische Ungleichgewicht in Dörfern und Städten verstärkt wird.

Im Bereich des ÖPNV ist der Unterschied zwischen städtischem und ländlichem Raum teils enorm. Mal eben in Bus oder Bahn springen um von A nach B zu kommen? Die Gewissheit haben, nach der Party noch nach Hause zu kommen? Im ländlichen Raum oft undenkbar. Schlecht ausgebauter und selten fahrender ÖPNV sind hier leider an der Tagesordnung. Und Dörfer, die einen Bahnhof haben, können sich meist schon sehr glücklich schätzen, auch wenn der letzte Zug dann gegen 23 Uhr fährt. Unserer Meinung nach müssen endlich Perspektiven für den ländlichen Raum geschaffen werden.

Und da muss auch primär der ÖPNV an Relevanz gewinnen. Mobilität und Selbstständigkeit sollte nicht nur für die möglich sein, die Auto fahren können oder wollen. Ein gut ausgebauter ÖPNV im ländlichen Raum könnte die Lebensqualität der Ortschaften steigern und jungen Menschen Chancen und Möglichkeiten bieten. Doch wird das von allein nicht geschehen. Denn der Ausbau des ÖPNV findet primär da statt, wo es sich rentiert. Daher wird der ländliche Raum leider fast immer übersehen. Oder eher: bewusst ignoriert. Denn massenweise neue Mitfahrer*innen können die Ortschaften meist nicht bieten. Im Bundestagswahlprogramm der SPD wurden Modellprojekte zu fahrscheinlosen und beitragsfinanzierten ÖPNV beschlossen. Gerade dieser fahrscheinlose ÖPNV könnte auch zu einer echten Hilfe für den ländlichen Raum werden. Neben vielen Vorteilen, die das Ganze auch für urbane Räume hätte, müssten neue Strecken und Verbindungen nicht mehr nach möglichem Profit gebaut werden, sondern könnten auch auf andere Aspekte achten. Wie zum Beispiel nach Notwendigkeit. Davon könnte insbesondere der ländliche Raum profitieren. Finanzielle Ressourcen für Strecken, die sich normal nicht rentieren würden, wären dann vorhanden, da es zu einer Umverteilung zwischen urbanem und ländlichem Raum kommen könnte. Setzen wir uns also dafür ein, dass es nicht bei Modellprojekten bleibt und kämpfen für einen generellen beitragsfinanzierten und fahrscheinlosen ÖPNV und für einen viel stärkeren Fokus auf den ländlichen Raum.

Neben mangelndem Ausbau des ÖPNVs lässt auch der generelle Ausbau der Infrastruktur oft zu wünschen übrig. Zu wenig Ärzte und weite Wege zu Supermärkten und anderen Läden senken die Attraktivität vieler Orte und nehmen die Praktikabilität des Wohnortes. Auch beim Ausbau des Internets hakt es vielerorts. „4G an jeder Milchkanne“ ist unsere Forderung. Doch ist der Ausbau von schnellem Internet und Glasfaseranschlüssen im ländlichen Raum häufig sehr rückständig. Diese strukturellen Ungleichheiten müssen ausgeglichen werden, um Landflucht zu verhindern und den ländlichen Raum langfristig attraktiver zu machen.

Mit strukturellen Problemen im ländlichen Raum und möglichen Lösungsansätzen haben wir uns auch in unserem Online-Seminar mit Frederik Burdorf aus dem KV Osterholz beschäftigt. Nach einer Definition von Ländlichem Raum und einer Analyse der Gründe für zunehmenden Wegzug aus dem Ländlichen Raum, versuchten wir an ganz praktischen Beispielen Lösungsansätze für den Ländlichen Raum. Danach betrachteten wir auch noch Probleme des Ländlichen Raums aus feministischer Perspektive. Ein Themenfeld, welches bis dato noch sehr wenig betrachtet wurde. Doch gerade bei Frauen* ist ein verstärkter Wegzug aus dem Ländlichen Raum zu beobachten. Teilweise entstehen Angsträume für Frauen* und Menschen der LGBTQ+ Community. Für diese muss mehr Awareness geschaffen werden.

Ein weiteres Problem des ländlichen Raum ist die medizinische Versorgung.

Die gesundheitliche Versorgung lässt in ganz Deutschland zu Wünschen übrig, um es harmlos zu formulieren. Der Pflegenotstand betrifft uns alle und die Situation verschärft sich immer mehr. Der ländliche Raum ist dabei aber ganz besonders betroffen. Die Pflegekräfte in Krankenhäusern und Senior*innenheimen sind gnadenlos unterbesetzt. Die Patient*innen können daher nicht immer so versorgt werden, wie es eigentlich nötig wäre. Ernsthafte gesundheitliche Einschränkungen können die Folge sein.

Auch ist es möglich, dass nicht genug (Intensiv-)Betten und -Plätze zur Verfügung stehen, da nicht genug Personal vorhanden ist, um alle Patient*innen versorgen zu können. Dies wird besonders zu Zeiten der Pandemie deutlich. Immer mehr Menschen sind durch Corona darauf angewiesen, in einem Krankenhaus behandelt zu werden. Durch die Maßnahmen, wie Kontaktbeschränkungen, Abstand halten, Maske tragen etc. soll verhindert werden, dass sich Menschen mit dem Corona-Virus infizieren. Vor allem soll aber verhindert werden, dass sich zu viele Menschen auf einmal infizieren. Im Frühjahr vergangenen Jahres wurde dieses Bestreben mit dem Hashtag #flattenthecurve umschrieben. Es soll also gewährleistet werden, dass zu jeder Zeit genügend Krankenhausbetten, beziehungsweise Intensivbetten zur Verfügung stehen und die Krankenhäuser nicht noch weiter überlastet werden, als ohnehin schon. Doch mit den Phasen der sehr hohen Fallzahlen und sehr hohen Inzidenzwerten, konnte dies nicht immer eingehalten werden. Es ist bereits vorgekommen, dass die Kapazitäten einiger Krankenhäuser mehr als ausgeschöpft waren, sodass die Intensivstationen keine weiteren Patient*innen mehr aufnehmen konnten.

Auch die Pflegekräfte leiden unter diesen Bedingungen. Bereits vor Corona mussten die Pfleger*innen durchschnittlich mehr Patient*innen versorgen, als vorgesehen war und ist. Das führt dazu, dass die Pflegekräfte teilweise pausenlos und mehrere Schichten hintereinander arbeiten müssen, um der Gesundheit der Patient*innen gerecht zu werden. Diese wortwörtlich überlebenswichtige Aufgabe wird nicht einmal ansatzweise gebührend honoriert. Das Gehalt entspricht nicht den erbrachten Leistungen und die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sind prekär. Daher ist es zwingend notwendig, dass das Gehalt der Pflegekräfte deutlich angehoben wird. Es könnte in die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes integriert werden. Die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen müssen sich verbessern, sodass der Beruf wieder Attraktivität erlangt und die gesellschaftliche Anerkennung erhält, die er verdient.

Es kann nicht sein, dass mit der Gesundheit von Menschen weiterhin Profit gemacht wird, während die Pflegekräfte so dramatisch unterbesetzt sind und keine Anerkennung dafür erhalten! Diese Probleme müssen angegangen werden, damit der ländliche Raum endlich lebenswerter wird.

DER AL-QUDS-TAG



Johannes Hochhaus, kooptiertes Mitglied des Landesvorstands der Jusos Niedersachsen

Jedes Jahr zum Ende des Ramadans findet der Al-Quds-Tag statt. Viele Genoss*innen und Akteur*innen der politischen Linken stehen dem Tag kritisch gegenüber. Aber warum eigentlich?

Wir schreiben das Jahr 1979. Mit der Islamischen Revolution im Iran übernimmt Ajatollah Chomeini die Macht und etabliert eine theokratische Diktatur, die bis heute andauert. Eine der ersten Amtshandlung der neuen Machthaber*innen ist die Etablierung des Al-Quds-Tags. Al-Quds steht dabei für den arabischen Namen Jerusalems. Ziel des Tages ist nach Angaben der Quds-AG, die den Tag nach eigener Aussage seit über 30 Jahren in Berlin veranstaltet, auf die „generationenübergreifend[e] anhaltende Ungerechtigkeit gegenüber dem palästinensischen Volk“ aufmerksam zu machen. „Palästina“ soll dabei befreit werden. Die Massenmedien, welche nach Aussage der Quds-AG zionistisch beeinflusst seien, würden die Vorgehensweise der „israelischen Besatzungsarmee“ gegenüber den „unschuldigen Palästinensern“ rechtfertigen. Sie sieht den Al-Quds-Tag daher als „Tag des Widerstandes der Unterdrückten gegen die Unterdrücker“[1].

Diese Formulierungen stoßen gerade in progressiven Kreisen auf Kritik. So schreibt das antifaschistische Bündnis „Kein Al-Quds-Tag“ in seiner 2015 erschienenen Broschüre, dass die Forderung, dass sich dieser „Widerstand der Unterdrückten“ vor allem gegen den jüdischen Staat richten soll, als klar antisemitisch zu benennen sei: Hier werde an antisemitische Argumentationsmuster, wie der „jüdischen Weltverschwörung“ angeknüpft, welche auch zentraler Bestandteil der nationalsozialistischen Propaganda gewesen ist[2].

Dass die Organisator*innen und Teilnehmer*innen nicht nur ein wahnhaftes Problem mit dem Staat Israel, sondern auch mit Jüdinnen* und Juden haben, wird auf den Demonstrationen, die beispielsweise vom „Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus“ kritisch begleitet werden, mehr als deutlich. So riefen Demonstrant*innen vermehrt die Parolen „Kindermörder Israel“ oder „Frauenmörder Israel“, mit welchen Israel das bewusste Töten von Kindern und Frauen unterstellt wird und die jeglicher faktenbasierten Grundlage entbehren. Der Zionismus, also das Eintreten für einen israelischen Staat im ehemaligen britischen Mandatsgebiet Palästina, wird hier sogar als „Krebsgeschwür der Menschheit“ bezeichnet. Zudem wird die bekannte viergeteilte Infografik gezeigt, welche einen „Landraub“ der Israelis unterstellt. Dass es diese Karte mit der Faktentreue nicht sehr genau nimmt, sei an dieser Stelle kurz erwähnt. So werden hier beispielsweise weder Verkäufe von arabischen Grundbesitzer*innen betrachtet, noch wird darauf eingegangen, dass das umstrittene Gebiet nie eine arabische Souveränität hatte.

Auch wurde beispielsweise im Jahr 2015 positiv auf die mittlerweile als Terrororganisation eingestufte libanesische Hisbollah Bezug genommen. Neben lobenden Erwähnungen von Seiten des Organisationsteams, schwenkten Teilnehmer*innen die Fahne der Terrororganisation, welche weiterhin gewaltsam gegen den Staat Israel und dessen Bevölkerung propagiert. Die Nähe zur Hisbollah führte schließlich dazu, dass der rot-schwarze Berliner Senat 2016 das Zeigen von Symbolen der Terrororganisation verbot.

Wie also in Kurzform aufgezeigt werden konnte, ist der Al-Quds-Tag eine Veranstaltung, der wir als Jusos klar entgegenstehen sollten. Nicht nur, dass hier explizit antisemitische Äußerungen getätigt werden, auch wird auf den Demonstrationen des Al-Quds-Tags aktiv zur Zerstörung Israels aufgerufen. Der Al-Quds-Tag zeigt uns jährlich, dass unsere Solidarität mit Israel weiterhin nötig ist: Wenn Antisemit*innen zu bester Tageszeit über den Kurfürstendamm zentral in Berlin demonstrieren, ist dagegen nicht nur das Demonstrieren notwendig. Gerade hier müssen wir uns unseren antifaschistischen Grundwerten bewusstwerden. Unsere Genoss*innen in Berlin sind seit jeher auf den Gegendemonstrationen zum Al-Quds-Tag zu finden[3] und auch wir haben in der Vergangenheit schon unsere Solidarität mit allen Gegendemonstrant*innen ausgedrückt[4]. Wie schon im letzten Jahr können wir Corona auch 2021 etwas Positives abgewinnen: Bereits das zweite Jahr in Folge musste das Organisationsteam den Demonstrationszug absagen. Eine Tatsache, an die ich persönlich mich sehr gerne auch in Zeiten ohne Pandemie gewöhnen würde.

[1] <http://www.qudstag.de/unsere-ambition/>

[2] https://issuu.com/paper.riot/docs/2015_06_07_alquds_broschu__re_x3

[3] [https://www.facebook.com/jusosberlin/posts/10161907067280154?](https://www.facebook.com/jusosberlin/posts/10161907067280154?comment_id=10161918896720154&comment_tracking=%7B%22tn%22%3A%22R%22%7D)

[comment_id=10161918896720154&comment_tracking=%7B%22tn%22%3A%22R%22%7D](https://www.facebook.com/jusosberlin/posts/10161907067280154?comment_id=10161918896720154&comment_tracking=%7B%22tn%22%3A%22R%22%7D)

[4] <https://www.facebook.com/jusosnn/photos/a.404257906297813/1530756586981267>

Über den Autor: Johannes ist seit 2013 bei den Jusos im Landkreis Stade aktiv. Aktuell studiert er im Master "Komplexes Entscheiden" an der Universität Bremen und ist als kooptiertes Mitglied im Landesvorstand der Jusos Niedersachsen tätig.



Kommunalpolitik im ländlichen Raum

Aynur Colpan, Co-Vorsitzende der SPD
Heidekreis, Ratsmitglied im Gemeinderat
Buchholz



Über die Autorin: Aynur Colpan, 30 Jahre, lebt in Buchholz/Aller, macht ihren Master in Hamburg im Steuerrecht und arbeitet für das Land Hamburg im Untersuchungsausschuss, ist Ratsmitglied im Gemeinderat Buchholz und Co-Vorsitzende der SPD Heidekreis.

Für viele, die nicht auf dem Land leben, wirkte der ländliche Raum lange Zeit als öde, verstaubt, langweilig, abgehängt von der Außenwelt. Der ländliche Raum wird mit mehr Problemen in Zusammenhang gebracht als mit Vorteilen, die der ländliche Raum zu bieten hat. Man betrachte nur einmal Themen wie die Versorgungslücken beim ÖPNV oder im Gesundheitswesen. Viele assoziieren außerdem den ländlichen Raum mit der Flucht von jungen Menschen.

Manches mag stimmen wie die Versorgungslücke beim ÖPNV, aber auch der ländliche Raum hat sich gewandelt. So gibt es mittlerweile Dörfer mit weniger als 500 Einwohnern, die Glasfaser und somit schnelles Internet haben.

Es gründen sich Vereine und Organisationen, um ehemalige „Tante Emma Läden“ wieder zu beleben. Und auch die Corona Pandemie hat einen sehr großen Vorteil des ländlichen Raums zum Vorschein gebracht: mehr Freiräume, die Natur, günstiger Wohnraum, engeres Miteinander und Home-Office geht auch vom Land aus. Im ländlichen Raum besteht ein hoher Drang, Probleme und Herausforderungen ehrenamtlich und genossenschaftlich anzugehen. Zusammenhalt und die gegenseitige Hilfsbereitschaft ist im Dorf tief verwurzelt. Man ist füreinander da. Abgesehen von der wunderschönen Kulturlandschaft.

Das, dass leben im ländlichen Raum lebenswert ist und bleibt, hat auch sehr viel mit den Kommunen und der Kommunalpolitik in den einzelnen Gemeinden und Gemeindeverbänden zu tun. Die Kommunen bilden unsere Basis.

So kümmert sich die Kommunalpolitik um schnelles Internet, damit jede*r von zu Hause aus arbeiten kann. Man muss nicht mehr zwingend jeden Tag in die Stadt fahren, um zu arbeiten. Freizeitangebote werden ausgeweitet. Doch machen wir uns nichts vor, das klappt nicht überall gleich gut. Die Kommunalpolitik muss sich jederzeit die Frage stellen, wie Potenziale genutzt werden können, wie man die Digitalisierung nutzen kann, wie man die Menschen im ländlichen Raum mitnehmen kann, ohne dass irgendwer abgehängt wird. Der ländliche Raum muss weiterhin zukunftsfähig bleiben und das ist die Aufgabe der Kommunalpolitik. Herausforderungen und Entwicklungen spielen sich im ländlichen Raum immer „vor Ort“ auf kommunaler Ebene ab.

Dies kann aber nur dann gelingen, wenn sich die Menschen, die in den Gemeinden und Orten leben, auch mit einbringen und mitgestalten. Wenn junge Menschen sich einmischen und mit am Tisch sitzen, wenn Entscheidungen getroffen werden. Wir benötigen in unseren Gemeinderäten und Stadträten mehr junge Menschen. Viel mehr Frauen*.

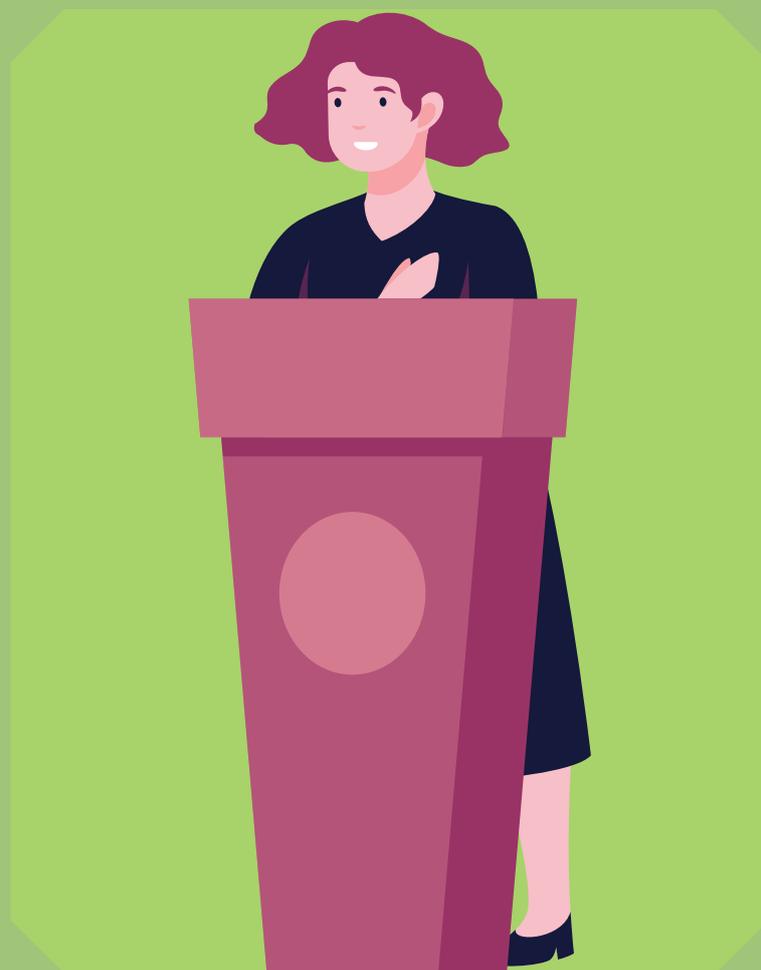
Uns muss bewusst sein, dass es nur Veränderungen geben kann, wenn wir uns an der Demokratie beteiligen. Und wer kennt seinen Ort besser als diejenigen, die dort leben? Entscheidungen und die Umsetzung von Maßnahmen in Bereichen, wie zum Beispiel Verkehr, Kindergarten, Jugendräume finden in der Kommune statt. Auf das Mitwirken der Bürger*innen kommt es an.

Kommunalpolitik ist schon lange nicht mehr nur was für die ältere Generation, die im Schützenhaus sitzt und darüber entscheidet, welcher Weg neu gepflastert werden muss. Kommunalpolitik hat sich gewandelt. Ging es in der Vergangenheit oft um Themen wie neue Bauplätze erschließen und das kommunale Wegenetz, so geht es heute um Themen wie der Verlust von Infrastruktur oder leer stehende Geschäfte und um den demografischen Wandel.

Der Wandel der Gesellschaft verändert auch die Adressaten ländlicher Kommunalpolitik. Die Aufgabenschwerpunkte haben sich deutlich verändert und erweitert.

Dennoch ist immer wieder zu beobachten, dass gerade ehrenamtliche Bürgermeister*innen sowie Kommunalpolitiker*innen wenig Anerkennung erhalten. Sie investieren ihre Freizeit meist nach einem langen Arbeitstag, um für das Gemeinwohl und für die Gemeinschaft einen Beitrag zu leisten. Sie engagieren sich und solidarisieren sich mit dem Gemeinwesen. Es fehlt aber an Wertschätzung und an Respekt. Die Kommunen sind auf das Mitdenken und Mitgestalten ihrer Bürger und Bürgerinnen angewiesen, kommt es hier nicht zu einem Umdenken, finden sich immer weniger Menschen, die in die Kommunalpolitik gehen. Dabei gilt das bürgerschaftliche Engagement als tragende Säule eines demokratischen, sozialen und lebendigen Gemeinwesens.

Der ländliche Raum hat viele Vorteile und für nicht wenige gibt es nichts Schöneres, als auf dem Land zu leben. Auf dem Land aufgewachsen zu sein, in jungen Jahren im Sommer mit dem Boot über die Flüsse zu fahren, Grillen auf dem Fußballplatz, das gemeinsame Bier beim Osterfeuer, sich mit dem Schlitten vom Trecker ziehen zu lassen, zu Fuß zum Nachbardorf zu laufen, um dort auf das Schützenfest zu gehen und jede*n beim Namen zu kennen. Sein Dorf ganz genau zu kennen und zu wissen, wo die Herausforderungen sind. Der Weg in die Politik ist dann nicht mehr weit.



VÖLKISCHE SIEDLER*INNEN



Lasse Rebbin, Bezirksvorsitzender der Jusos Nord-Niedersachsen

Rechtsradikale Parteien, Organisationen und Vereine erfahren in den letzten Jahren verstärkt Unterstützung für ihre völkischen Vorstellungen. Mit der AfD sitzt seit 2017 der parlamentarische Arm der rechtsradikalen Bewegung als größte Oppositionspartei im Deutschen Bundestag. Neben der AfD besteht die völkische Bewegung aus diversen weiteren Akteur*innen, deren erklärtes Ziel es ist, demokratische Strukturen zu unterwandern, um ihre völkischen Vorstellungen durchzusetzen. Vereinfacht gesagt sind das Rassismus, Antisemitismus, Homo- und Transfeindlichkeit, Ableismus und Misogynie. In den letzten Jahren stieg das wissenschaftliche Interesse an einem weiteren Phänomen, das sich in ländlichen Räumen niederschlägt: die völkische Landnahme. Hinter vermeintlich friedlichen Ökos, die Barfuß über das Land laufen, verstecken sich völkische Enklaven, die bewusst versuchen, ihr Umfeld zu beeinflussen.

Auch in Niedersachsen haben sich völkische Siedler niedergelassen, deren Verbindung zur rechtsradikalen Bewegung und Gewaltbereitschaft nicht unterschätzt werden darf. Der historische Vorläufer der völkischen Siedler*innen vertraten einen aggressiven Nationalismus und zeichneten sich durch eine autoritäre Struktur aus. Der 1926 in München gegründete Bund der Artamanen wurde als Jugendbewegung gegründet, die „deutschen Lebensraum“ besiedeln sollte. Später wurde der Bund in die Hitlerjugend eingegliedert und war daher fester Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie. Seit den 1990er-Jahren treten diese Gruppen wieder vermehrt in Deutschland auf und folgen den gleichen Grundsätzen. Aus einem rassistisch und völkisch hergeleiteten Überlegenheitsgedanken vertreten die Siedler*innen die Meinung, dass es eine „Überlegenheit der Deutschen“ geben würde, die nur erhalten und von schädlichen Einflüssen befreit werden könne, wenn diese unter sich bleiben. Auch hier ist der klare völkische und nationalsozialistische Bezug zu erkennen.

Um dieser vermeintlichen Bedrohung zu entkommen, ziehen die völkischen Siedler*innen in verlassene ländliche Räume (zum Beispiel Bauernhöfe), um dort einerseits unter sich ihre völkische Ideologie auszuleben, die sie an ihre Kinder weitergeben und andererseits aktiv in die Gemeinden hineinwirken, indem sie sich vor Ort an Schulen und Vereinen engagieren. Diese Kombination bedroht in zweifacher Hinsicht demokratische Werte: Erstens haben die völkischen Siedler*innen durch ihre klare Abschottung die Möglichkeit, ungestört ihre menschenverachtende und antidemokratische völkische Ideologie auszuleben, indem sie ihre Kinder bewusst aus den Schulen und städtischen Umfeldern nehmen, in denen demokratische Werte vertreten werden. Damit geben sie ihre gefestigte Weltanschauung an folgende Generationen weiter und legen einen langfristigen Baustein für die Verbreitung völkischer Ansichten. Das zeichnet sich auch dadurch aus, dass nur nach rassistischen Kriterien ausgewählte Familien ein Teil der völkischen Siedler*innen werden dürfen. Interviews mit Betroffenen in den ländlichen Gebieten zeigen, dass die Siedler*innen dabei bewusst immer mehr Grundstücke erwerben, um ihre Siedlungen zu vergrößern.

Zweitens ziehen sich die völkischen Siedler*innen nicht vollkommen aus dem öffentlichen Leben zurück. Sie engagieren sich in dörflichen Strukturen, versuchen auf die Schulen Einfluss zu nehmen und treffen dabei oft auf überforderte Gemeinden, die nicht wissen, wie mit den rechtsradikalen Siedler*innen umgegangen werden soll. Es wird beschrieben, dass die Siedler*innen normale Berufe ausüben und harmlos auftreten, aber bei Widerstand zunehmend aggressiv reagieren.

Wenn das Problem ignoriert, verschleppt oder gar unterstützt wird, trägt das die Gefahr in sich, dass ganze Dörfer von der völkischen Ideologie beeinflusst werden und so eine zentrale Strategie der Neuen Rechten zur Tatsache wird: die Bekämpfung von demokratischen Strukturen und Werten von innen. Durch das Umfeld der völkischen Siedler*innen wird deutlich, dass diese in ein enges Netzwerk von rechten Gruppierungen eingebunden sind und Kontakte pflegen. Nachgewiesen sind Kontakte völkischer Jugendbünden, der NPD und deren Jugendorganisation sowie zu religiös-esoterischen Organisationen wie den, uns in Nord-Niedersachsen gut bekannten, „Bund für Gotterkenntnis“, auch „Ludendorfer*innen“ genannt, die sich jährlich zu Ostern in Dorfmark (Heidekreis) treffen und gegen die wir bereits protestiert haben. Die Erlebnisse von den Demonstrationen, bei denen uns eine völlig in sich geschlossene völkische Gruppierungen gegenübertritt, die offen Rassismus und Antisemitismus verbreitet, lässt erahnen, wie die Verhältnisse in den Siedlungen aussehen. Dass die Ludendorfer*innen aber nicht die einzige Gefahr in Nord-Niedersachsen darstellen, wird deutlich, wenn man sich die bekannten völkischen Siedler*innen in Niedersachsen anschaut. In der Region der Lüneburger Heide scheinen sich die menschenverachtenden Siedler*innen wohl zu fühlen und kaufen deshalb Immobilien in der Region, um dort ihre völkischen Siedlungen zu gründen. Das alles führt uns vor Augen, dass der antifaschistische Kampf dringend gebraucht wird. Wir müssen uns den völkischen Siedler*innen und ihren Unterstützer*innen konsequent entgegenstellen, wenn wir verhindern wollen, dass sich diese Gruppierung weiter in ländlichen Räumen ausbreiten kann.

Kein Fußbreit dem Faschismus!

MEDIZINISCHE VERSORGUNG IM LÄNDLICHEN RAUM UND WARUM MEHR GETAN WERDEN MUSS, ALS ZU KLATSCHEN

Belana Schwarz, stv.
Bezirksvorsitzende

Die enorme Wichtigkeit von Pflegekräften ist spätestens zu Beginn der Corona Krise allen deutlich geworden. Die Zahl der Patient*innen auf den normalen Stationen sowie auf den Intensivstationen nahm zu. Der Pflegemangel erleichterte die Herausforderung, vor dem das Gesundheitswesen nun stand, nicht wirklich. Pfleger*innen und Ärzt*innen arbeiteten noch mehr als sonst – oftmals ohne Pause. Gesundheitsminister Jens Spahn kündigte den Pflegekräften eine Bonuszahlung an, sowie die langfristige Verbesserung der Arbeitsumstände durch höheres Gehalt und mehr Personal. Dies würde die Pflegekräfte deutlich entlasten und natürlich auch den Patient*innen zugutekommen. Pflegekräfte fordern diese Veränderungen schon seit Jahren, sowie auch wir Jusos! Verändert hat sich seit dieser Ankündigung allerdings noch nicht viel. Immerhin: Hubertus Heil kündigte an, ein Gesetz für verpflichtende Tariflöhne in der Altenpflege einbringen zu wollen.

Ende September 2020 gab jede sechste Pflegekraft an, ihr Kündigungswunsch sei „hoch bis sehr hoch“. Rund 50% der Kranken- und 60% der Altenpfleger*innen arbeiten in Teilzeit, denn die Arbeitsbedingungen seien so belastend, dass es sich anders nicht aushalten ließe. Diese verheerenden Umstände in der Pflege wirken sich natürlich auch auf das Wohlergehen der Patient*innen aus.

Das Erschreckende dabei ist: Für die Pflege wird so viel getan wie lange nicht mehr. Es wurden beispielsweise neue Stellen geschaffen, Personaluntergrenzen eingeführt und der Pflegemindestlohn erhöht. Doch die Situation ist so prekär, dass diese Maßnahmen einfach nicht ausreichen. Sie sind mehr wie ein Tropfen auf dem heißen Stein. Dies liegt natürlich auch daran, dass in der Gesundheitspolitik viel zu lange sehr wenig bis gar nichts unternommen wurde.

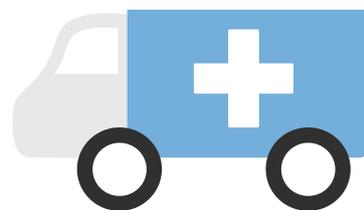
Das rächt sich allerdings nicht erst seit dem Frühjahr 2020, sondern schon jahrelang.

Die Situation wurde durch die Pandemie noch verschärft. An Personaluntergrenzen kann sich teilweise nur gehalten werden, wenn es zu Personalverlagerungen kommt. Diese sind jedoch untersagt. Die 13.000 neuen Stellen, die geschaffen wurden, würden nicht ausreichen, wenn sie überhaupt vollständig besetzt werden könnten. Doch nicht mal das ist der Fall – keine 3000 Stellen konnten bis Ende des Jahres 2020 besetzt werden. Bis zum Jahr 2030 prognostizieren Ökonomen einen Mangel an Pflegepersonal von etwa 50.000 Pflegekräften.

Der versprochene Corona-Bonus in Höhe von bis zu 1000€ kam – doch unter fragwürdigen Voraussetzungen: Pflegekräfte in Seniorenheimen erhielten oftmals den Bonus. In der Krankenpflege wurde die Verteilung des Bonus jedoch anders geregelt. Beispielsweise erhielten die Pfleger*innen aus Krankenhäusern mit weniger als 500 Betten nur dann den Bonus, wenn sie von Januar bis Mai 2020 mindestens 20 Corona-Patient*innen hatten. In Krankenhäusern mit mehr als 500 Betten wurde der Bonus nur dann gezahlt, wenn im Zeitraum von Januar bis Mai 2020 mindestens 50 Corona-Patient*innen zu behandeln waren. In über 70% der Krankenhäuser wurde wegen dieser Regelung kein Bonus an das Pflegepersonal ausgeschüttet. Eine langfristige Verbesserung des Bezahlungsverhältnisses wurde also nicht nur nicht in Angriff genommen, sondern nicht mal die Bonuszahlung hat jede*r erhalten!

Doch nun soll ein genauerer Blick auf die Situation im ländlichen Raum geworfen werden:

In Niedersachsen wurden bereits einige Maßnahmen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung getroffen, wie beispielsweise Niederlassungsförderungen und Studienstipendien. Diese Maßnahmen werden auch gut angenommen, dennoch ergab eine Prognose der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsens (KVN), dass bis 2030 über 1000 Hausärzt*innen in Niedersachsen fehlen könnten. Besonders betroffen ist dabei der ländliche Raum. Die steigenden Lebenserwartungen und der demografische Wandel beeinflussen die Versorgungssituation maßgeblich.



Bis zum Jahr 2030 wird die Anzahl der Hausärzt*innen um etwa 18% abnehmen, prognostiziert die KVN. Das Durchschnittsalter der Hausärzt*innen lag 2019 bei 54. Das bedeutet, dass 2030 über 3000 Hausärzt*innen das Alter erreicht haben werden, in dem sie den Ruhestand antreten könnten. Es werden also voraussichtlich viele Hausärzt*innen zur ungefähr selben Zeit wegfallen. Das Gesundheitsministerium setzt sich daher unter anderem für die Einführung einer „Landärzt*innenquote“ ein. Bis zu 10% der Medizinstudienplätze könnten dann an Bewerber*innen vergeben werden, die sich dazu verpflichten, nach Abschluss des Studiums und der Weiterbildung in der Allgemeinmedizin, sich im unterversorgten ländlichen Raum anzusiedeln.

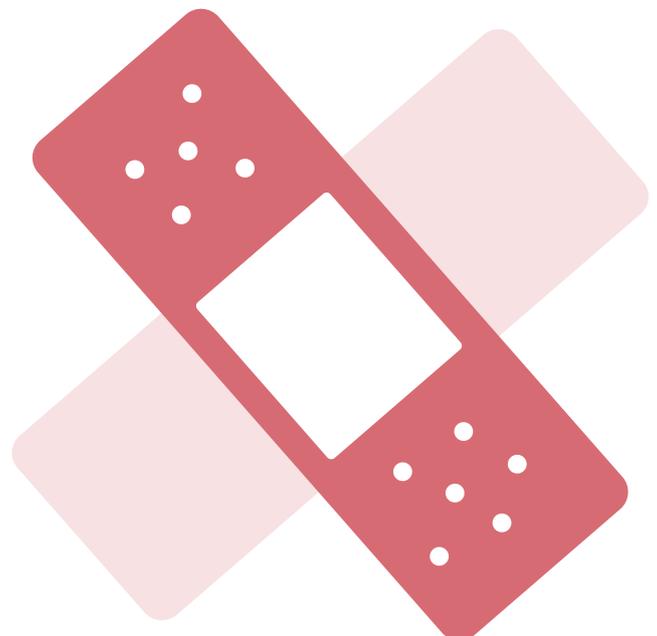
Weitere, bereits ergriffene Maßnahmen sind beispielsweise: Das „Hausärztliche Stipendium“, welches Studierenden eine finanzielle Unterstützung von 400€ monatlich bei einer Dauer von bis zu vier Jahren ermöglicht, wenn sie sich dazu verpflichten nach Abschluss des Studiums und der anderen nötigen Qualifikationen, hausärztliche Tätigkeiten auszuführen. Bei der Gründung oder der Übernahme einer ärztlichen Niederlassung stellt die KVN bis zu 70.000€ an Förderungsgeldern zu Verfügung.

Die bisherigen Fördermaßnahmen werden gut angenommen und tragen dazu bei, die hausärztliche Versorgung auf dem Land zu verbessern. Doch mit Blick auf den demografischen Wandel wird auch deutlich, dass es noch mehr Maßnahmen geben muss, um den zukünftigen Bedarf an Hausärzt*innen tatsächlich decken zu können.



Über die Autorin: Belana ist 21 Jahre alt und studiert im 6. Semester Politikwissenschaften und Geschichte (B.A.) an der Universität Rostock. Seit 2020 ist sie stellvertretende Bezirksvorsitzende des Bezirks der Jusos Nord-Niedersachsen.

Durch die Pandemie wird der Druck auf das Pflegesystem so dramatisch erhöht, dass der Kipppunkt deutlich früher eintreten könnte, als prognostiziert. Es wird immer deutlicher, was es heißt, wenn nicht genügend Fachkräfte vorhanden sind. Vor diesem enormen Problem dürfen wir auf keinen Fall die Augen verschließen. Und es kann nicht sein, dass es nach wie vor heißt, man müsse zunächst einmal Geld erwirtschaften, um in die Pflege investieren zu können. Die gesundheitliche Versorgung ist doch überhaupt die Grundlage dafür, dass wir leben können! Durch dieses fahrlässige und ignorante Verhalten gefährden wir die Gesundheit aller. Dabei ist die Gesundheit doch eines unserer wichtigsten Güter. Das Problem der medizinischen Versorgung muss endlich angegangen werden, dem darf sich nicht länger in den Weg gestellt werden! Sich im Frühjahr letzten Jahres kurz auf den Balkon stellen und klatschen reicht als Engagement für das Personal im Gesundheitswesen übrigens nicht aus.



Was ist unsere Zukunft wert?

Jannes Schulz, Jusos Cuxhaven

Über den Autor: Jannes Schulz ist 22 Jahre alt und kommt aus Nordholz in der Wurster Nordseeküste. Er studiert an der Universität Bremen Politikwissenschaft und Geschichte und arbeitet für den Bremerhavener Bundestagsabgeordneten Uwe Schmidt. Als Segler und Dorfkind liegen ihm vor allem maritime und ländliche Umweltthemen am Herzen, wobei er für eine rote Umweltpolitik eintritt, die alle mitnimmt.



In der Umweltpolitik scheint es nur zwei Denkrichtungen zu geben: Die konservative, bei der möglichst alles so bleiben soll, wie es ist – und die grüne, die radikalen Klimaschutz ohne Rücksicht auf soziale Verluste einfordert. Allerdings beruhen beide Modelle auf dem Schüren von Ängsten. Die Konservativen machen Angst vor wegfallenden Arbeitsplätzen im Verlauf der ökologischen Transformation und die Grünen machen Angst vor der Klimakrise.

Tatsächlich sind beide Ängste mehr als berechtigt, die bloße Versteifung von beiden Seiten auf je nur ein Thema greift aber zu kurz. Eine progressive Politik kann und muss die Stärken beider Denkweisen miteinander verbinden und gleichzeitig die Schwächen der beiden verhindern. Kurzum: Es braucht radikalen Klimaschutz, der alle Menschen mitnimmt.

Einen solchen Mittelweg aus beiden Denkrichtungen kann nur die Sozialdemokratie bieten. Denn eine sozial-ökologische Transformation gelingt nur mit einem starken Staat. Klimaschutz kostet, zumindest am Anfang, erst einmal viel Geld. Das macht ihn für die Privatwirtschaft abstoßend. Wer nur an kurzfristige Profite und in Quartalszahlen denkt, kann keine nachhaltige Wirtschaft zustande bringen. Der Staat kann das – ohne bestimmte Gruppen abzuhängen. Wie das konkret in den umweltpolitischen Bereichen "Landwirtschaft", "Verkehr" und "Energie" aussieht, werde ich in diesem Artikel skizzieren.

Landwirtschaft

"Klimaschutz kostet Geld" – das lässt sich im Agrarbereich besonders klar beobachten. Für den Insektenschutz sind beispielsweise breitere Blühstreifen nötig. Auf diesen Streifen am Rande der Felder wuchert die Natur unberührt vor sich hin und schafft so einen Lebensraum für Insekten, die für Ökosysteme lebensnotwendig sind. Von Insekten, die ihre Felder bestäuben, profitiert vor allem die Landwirtschaft, demnach hat auch sie ein Interesse an intakten Ökosystemen. Beschließt die Politik aber, dass Blühstreifen verbreitert werden müssen, um dem Insektensterben entgegenzutreten, gehen der Landwirtschaft eben auch Flächen verloren, die nicht mehr bewirtschaftet werden können. Weniger Ackerfläche bedeutet für sie also weniger Geld – logischerweise ist die Landwirtschaft von einem solchen Naturschutz nicht gerade begeistert, was sie in den sogenannten "Bauerndemos" immer wieder zum Ausdruck bringt.

Fakt ist aber, dass breitere Blühstreifen wichtig sind, an ihnen führt also kein Weg vorbei. Nun stellt sich bloß die Frage, wer das bezahlen soll. Der Respekt vor der Landwirtschaft, die uns ernährt, und unser soziales Gewissen müssten den Bäuerinnen und Bauern eigentlich zu Seite stehen.

Wir müssten die ersten sein, die den sozialen Lastenausgleich einfordern, damit der Staat die Landwirtschaft um ihre verloren gegangenen Flächen entschädigt. Einen solchen Naturschutz würden Bäuerinnen und Bauern sicherlich direkt befürworten. Eine solche Unterstützung des Staates lässt sich übrigens auf alle Bereiche der Landwirtschaft übertragen: Mit einem starken Staat können wir in eine humanere Tierhaltung investieren, die Landwirtschaft angemessen für Milch bezahlen, die Nitratbelastung im Boden verringern etc. - ohne die Endverbraucher*innen zu belasten.



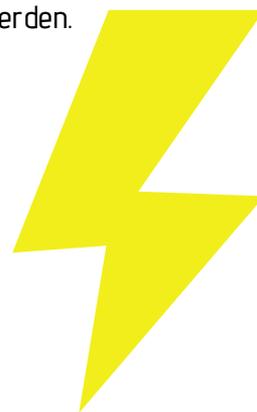
Verkehr

Kapitalistische Denkweisen funktionieren ebenso wenig beim Aufbau eines klimafreundlichen Verkehrs - vor allem nicht bei uns auf dem Land. Denn welches Privatunternehmen würde beispielsweise bei uns in Nord-Niedersachsen eine breite Ladesäulen-Infrastruktur für E-Mobilität bereitstellen? Die Zielgruppe ist noch zu klein und die Wege zu weit. Daraus ergibt sich ein Teufelskreis: Weil bei uns zu wenig elektrisch betriebene Fahrzeuge unterwegs sind, will niemand die Ladesäulen-Infrastruktur ausbauen - und weil es keine Ladesäulen gibt, will sich niemand ein E-Auto anschaffen. Verständlicherweise bleibt man da lieber beim altbewährten Verbrennungsmotor.

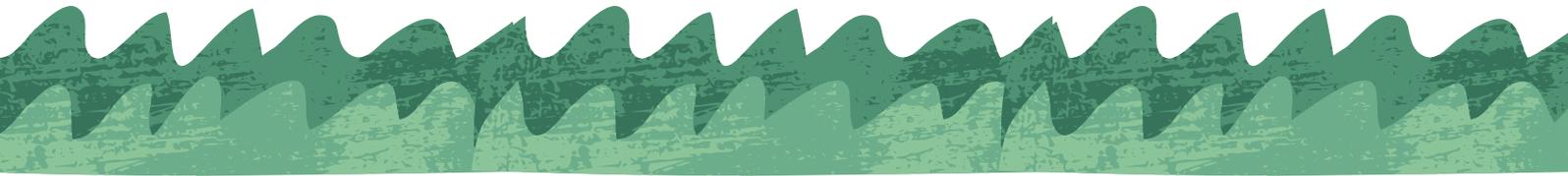
Das Ergebnis: Das konservative "alles bleibt, wie es ist" gewinnt und im Kampf gegen den Klimawandel kommen wir keinen Schritt voran. Für uns gilt es, den Teufelskreis zu durchbrechen, indem die Ladesäulen-Infrastruktur schnell und breit ausgebaut wird. Der Staat muss also, wie so oft, das Versagen des Marktes kompensieren. Nur so kann die Verkehrswende auch bei uns auf dem Land gelingen. Dass der Strom, der die Autos antreiben soll, klimaneutral produziert werden muss, versteht sich von selbst, womit wir zum nächsten Bereich kommen.

Energie

Allen ist klar, dass die erneuerbaren Energien in Zukunft noch mehr an Bedeutung gewinnen werden. Wir im Norden stehen dafür in der Pole Position. Schließlich haben wir viel Wind, viel Wasser und, zumindest im bundesweiten Vergleich, auch ausreichend Sonne - insgesamt also ideale Voraussetzungen, um erneuerbare Energien stark auszubauen. Wenn wir nun progressiv denken und schon jetzt in diese Bereiche investieren, können wir in Zukunft der "Akku Deutschlands" oder sogar Mitteleuropas werden.

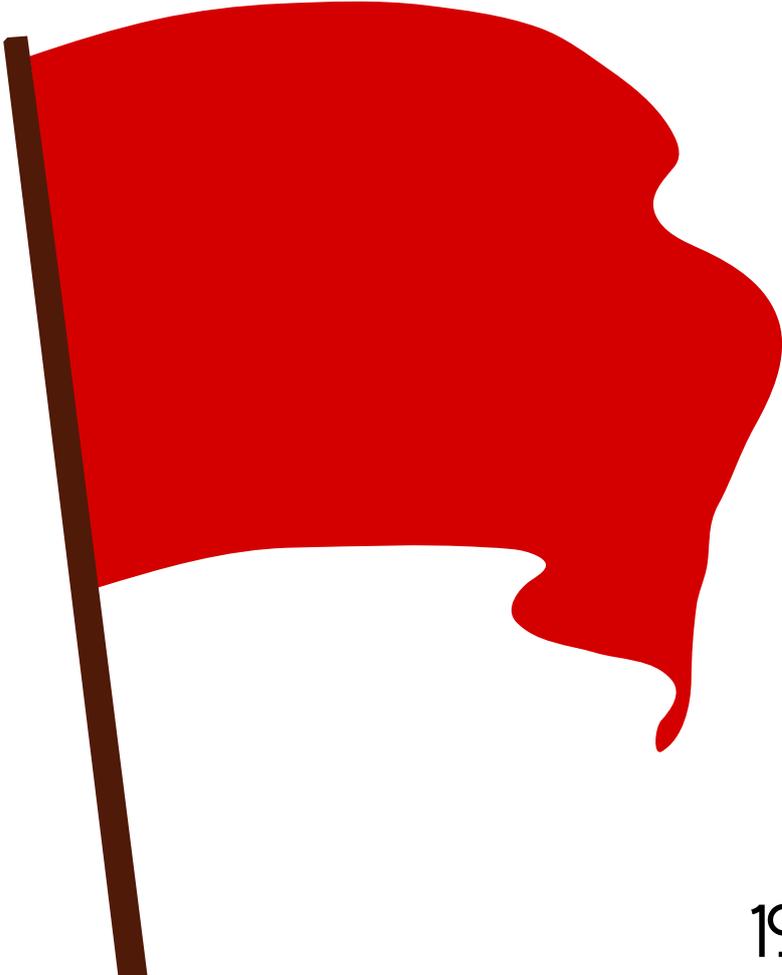


Noch heute gelten Automobilstandorte wie Wolfsburg oder Stuttgart als Industrie-Metropolen, was diesen Regionen historischen Wohlstand und hohe Bedeutung garantiert. Eine solche Metropole, eine "Energie-Metropole", könnten auch wir werden. Über Windkraft, an Land wie auf See, und über Solarenergie können wir massenweise klimaneutralen Strom produzieren und andere Regionen in Land und Kontinent beliefern. Das altbekannte Problem, den Strom speichern zu müssen, können wir durch unsere Küstennähe lösen. Die weitere Erforschung und der Ausbau der Wasserstoff-Technologie bietet uns die Chance, den Strom in klimaneutralem Wasserstoff zu speichern und ihn so transportieren zu können. Es müssten keine Stromtrassen mehr durch das Land gezogen werden, was gefährdete Wälder verschont und Konflikte mit Bürgerinitiativen vermeidet. Wenn wir nun stark investieren, können wir in wenigen Jahrzehnten um ein Vielfaches profitieren - das bringt ökonomische, soziale und vor allem ökologische Stabilität in der Region.



Noch heute gelten Automobilstandorte wie Wolfsburg oder Stuttgart als Industrie-Metropolen, was diesen Regionen historischen Wohlstand und hohe Bedeutung garantiert. Eine solche Metropole, eine "Energie-Metropole", könnten auch wir werden. Über Windkraft, an Land wie auf See, und über Solarenergie können wir massenweise klimaneutralen Strom produzieren und andere Regionen in Land und Kontinent beliefern. Das altbekannte Problem, den Strom speichern zu müssen, können wir durch unsere Küstennähe lösen. Die weitere Erforschung und der Ausbau der Wasserstoff-Technologie bietet uns die Chance, den Strom in klimaneutralem Wasserstoff zu speichern und ihn so transportieren zu können. Es müssten keine Stromtrassen mehr durch das Land gezogen werden, was gefährdete Wälder verschont und Konflikte mit Bürgerinitiativen vermeidet. Wenn wir nun stark investieren, können wir in wenigen Jahrzehnten um ein Vielfaches profitieren - das bringt ökonomische, soziale und vor allem ökologische Stabilität in der Region.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass der Staat, wo immer nötig, den mutigen ersten Schritt machen muss. Ist dieser Schritt erst einmal absolviert, werden genügend Anreize geschaffen, damit die Menschen von sich aus aktiv das Klima schützen wollen. Klimaschutz darf nicht mehr als lästig wahrgenommen werden oder das Gefühl vermitteln, er gefährde die finanzielle bzw. soziale Sicherheit der Menschen. Er muss attraktiv in den Alltag der Menschen integriert werden. Dafür sind wir genau die Richtigen. Die Sozialdemokratie war immer dann stark, wenn sie optimistische Bilder von der Zukunft gezeichnet hat. Diese Bilder finden wir als Arbeiter*innenpartei direkt vor unser Haustür, in unseren Grundwerten. Wir müssen unseren Grundwert der Arbeit bloß ins 21. Jahrhundert holen. Das alte SPD-Klischee vom Kohlekumpel geht auch modern: ehrliche Arbeit gibt es auch im klimaneutralen Stahlwerk oder in der Wasserstoff-Industrie - wenn sie denn gebaut werden. Sie werden jedenfalls nicht durch grüne oder konservative Angstmacherei gebaut, das geht nur mit einem starken Staat. Wir rühmen uns damit, Exportweltmeister und finanziell stark zu sein, nutzen wir diese Stärke! Die Frage des Geldes wird so zu der Willensfrage: Was ist uns unsere Zukunft wert?



WARUM RIECHT'S HIER NOCH SO NEOLIBERAL?



von Fynn Hinck, kooptiert im Bezirksvorstand

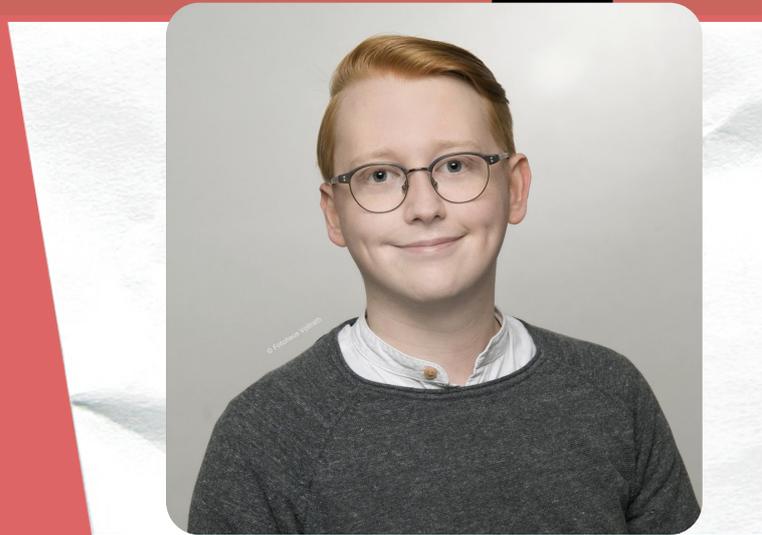
Vor Kurzem ist der neueste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung erschienen.

Dieser Bericht soll die Lebenslagen der Menschen in Deutschland beschreiben und auch die Verteilung des Reichtums in Deutschland darstellen.

Laut Bettina Kohlrausch, Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung, schreibt zum Beispiel in einem Interview mit der Zeit, dass die wichtigste Erkenntnis aus dem aktuellsten Bericht ist, dass es deutlich schwerer geworden ist, aus Armut herauszukommen.

Zudem befindet sie, dass sich die ökonomische Polarisierung stark verstärkt hat. Es gibt also eine schrumpfende Mittelklasse und immer mehr sehr gut Verdienende und immer mehr sehr gering Verdienende. Die Vermögen sind sogar noch ungleicher verteilt als die Einkommen.

In einem System, in dem die meisten Menschen abhängig von Erwerbsarbeit sind, um ihr Leben zu bestreiten, ist es logisch, dass der Niedriglohnsektor ein Bereich ist, in dem der mit Abstand größte Teil der Armut stattfindet. Man muss dazu erwähnen, dass der Niedriglohnsektor in Deutschland mit 21,1% der Beschäftigten (Stand 2018) extrem groß ist.



Man kann und darf auch immer wieder gerne erwähnen, dass uns sehr gut bekannte Parteien mit den Farben Rot und Grün, unter einem Kanzler, den wir an dieser Stelle anonymisiert als Gerd S. bezeichnen, mit der Agenda 2010 stark zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Man ist dem neoliberalen Zeitgeist gutgläubig in die Niedriglohnpampa gefolgt und hat Deutschland mit dem Hartz 4 System von einem Sozialstaat weg hin zu einem Workfare-Staat entwickelt, welcher das Fordernde Element der Sozialpolitik überbetont und damit Menschen in einen Niedriglohnsektor treibt, bei welchem wir wissen, dass er Menschen ebenfalls in Armut fesselt.

Kohlrausch sagt auch, dass man in den Daten einer repräsentativen Befragung von circa 6000 Menschen erkennen kann, dass Menschen, die durch oder während der Corona-Pandemie Einkommensverluste erlitten haben, stärker dazu neigen, Verschwörungsmythen anzuhängen.

Andere Forschungen kommen zu dem Schluss, dass auch rechtsextreme Einstellungen verbunden sind mit der persönlichen beruflichen Situation und Abstiegsängsten.

Was kann man nun als eine Sozialdemokratische Partei für Schlüsse aus solchen wissenschaftlichen Aussagen ziehen und daraus für politisches Handeln ableiten?

Man mag vielleicht annehmen, dass in einer Partei, die das "Sozial" schon in ihrem Namen trägt, gute berufliche Situationen, Abstiegsängste bekämpfen, Einkommensverteilung sowie die Eindämmung und Bekämpfung des Niedriglohnsektors, vorprogrammierte Aufgaben sind. Allerdings, und das mag nun vielleicht etwas meine persönliche Meinung als Autor dieses Textes beinhalten, erscheint mir die Selbstverständlichkeit, mit der wir als Sozialdemokrat*innen und Sozialist*innen für solche sozialen Kämpfe eintreten sollten, etwas abhanden gekommen zu sein, oder zumindest die Klarheit und Vehemenz, mit der wir gegen Umstände, die schlicht nichts als Ausbeutung sind, umgehen.

Man kann nun darauf erwarten, dass ich eine Analyse schreibe und begründe, warum ich denke, dass dies so ist und wann das passiert ist, aber falls ihr das erwartet habt, dann muss ich euch leider enttäuschen.

Ich finde es an dieser Stelle deutlich interessanter und notwendiger in aller Klarheit ein Playdoyer dafür zu halten, dass wir uns als Sozialdemokrat*innen und besonders als Sozialist*innen nicht vormachen können, dass einige wenige Gesetze, die das Kindergeld erhöhen oder eine etwas schnellere Erhöhung des Mindestlohns, diese Verhältnisse verändern.

Gerade da wir so klar und wissenschaftlich bewiesen von diesen Umständen wissen, bleibt oft das Gefühl dass, ja, auch diese Aktionen das Leben von vielen Menschen spürbar verbessern, aber auch dass mit dem eigentlichen Wissen, welches wir zu diesen Situationen haben, vieles von dem was wir tun nur ein Tropfen auf dem heißen Stein ist. An dieser Stelle würden hartgesottene Kommunist*innen nun sagen, dass dies nicht ohne eine komplette Veränderung der bestehenden Eigentumsverhältnisse ginge und dies wiederum gehe nicht ohne Revolution.

Menschen die nun aber einer solchen Revolution, welche oft, jedoch nicht zwanghaft, mit Gewalt verbunden ist, mit Skepsis begegnen, mögen sagen, dass wenn man gleichzeitig kleinteiliges Hickhack aus Minimalverbesserungen, die oft wenig spürbar sind, und auch revolutionären Gebaren ablehnt, was bleibt dann noch?

Es bleibt zu sagen, dass wir uns vornehmen müssen, unsere Ziele fundamentaler zu gestalten. Veränderungen können radikal, groß und grundlegend sein, ohne negative Eigenschaften der "Revolution" zu tragen.



Man mag sagen, dass dies in einer komplexen Welt nicht gut gehe, oder dass diese Worte leere Hülsen seien. Ich glaube jedoch, dass wir gute Beispiele für einen Mittelweg zwischen fundamentaler Veränderung und Reformen mit Augenmaß in der Geschichte finden können.

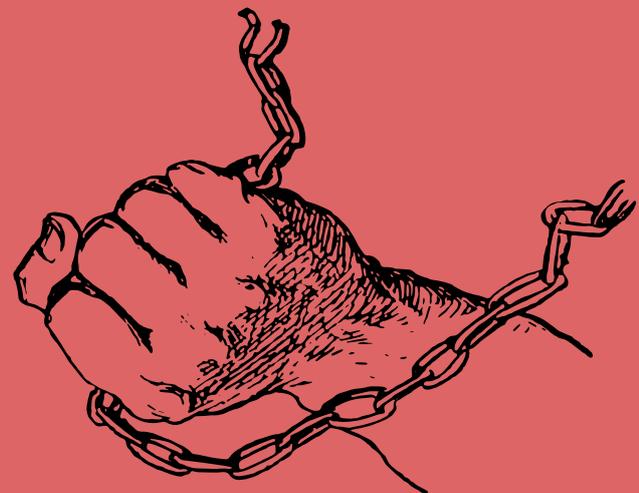
So zum Beispiel den britischen National Health Service, dieser brachte mit einem großen Schlag der britischen Bevölkerung nach dem Krieg ein steuerfinanziertes staatliches Gesundheitssystem in die Realität, welches in einer solchen Form vorher schwer denkbar war. Er war mit einem Schlag der drittgrößte Arbeitgeber in England. Nun das kann man nicht als eine kleinteilige Reform bezeichnen, aber auch nicht als eine Revolution.

Auch gewissen selbsternannten Pragmatiker*innen, welche einem oft Risiken einer grundlegenden Veränderung vorhalten, kann man an diesem historischen Beispiel erwidern, dass der NHS grundlegend war und bis heute besteht und ohne Zweifel das Leben nahezu aller Brit*innen seit seiner Gründung verbessert hat.

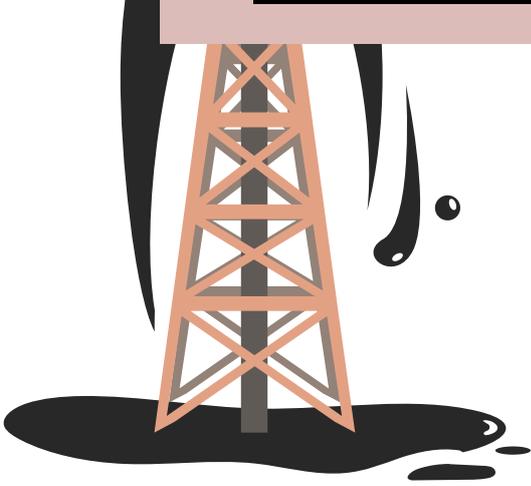
Wenn wir eine Situation, wie ich eben schon einmal argumentiert habe, haben, die so klar eine Ausbeutung oder zumindest eine grobe Ungerechtigkeit gegenüber Menschen darstellt, dann kann man auch mit fundamentalen Veränderungen oft die Situation dieser Leute deutlich stärker verbessern als man ihnen schaden kann.

Deswegen seid Sozialdemokrat*innen und Sozialist*innen, ob pragmatisch oder stürmisch, aber lasst uns öfter und klarer Ansprüche an fundamentale Veränderung stellen. Eben nicht nur, weil wir Ungerechtigkeit und Ausbeutung für sich schlecht finden, sondern auch weil wir wissen können das Ungerechtigkeit schlimmeres brütet ist ein härterer Umgang mit dieser nicht nur ein nice to have sondern eine Notwendigkeit.

Der Kampf geht weiter, lasst ihn uns auch stärker in die Mutterpartei tragen.



Erdgasförderung und Fracking im ländlichen Raum



Franz Neuhaus, stv. Vorsitzender der Jusos Rotenburg, stv. Vorsitzender des Ortsvereins Bothel

Über den Autor:

Franz Neuhaus, 18 Jahre, Schüler in der 12. Klasse Wirtschaftsabitur, spiele Fußball, aktiv bei den Jusos Rotenburg als stellv. Vorsitzender und im Ortsverein Bothel ebenfalls stellv. Vorsitzender.

Einleitung

Niedersachsen ist das Bundesland in Deutschland, in dem die meisten Fracks (ca. 300) durchgeführt wurden. Fracking ist vor allem in ländlichen Regionen weit verbreitet. Mir selbst fallen in meiner näheren Umgebung 2-3 Erdgasförderanlagen ein. Doch welchen Nutzen haben Gasförderanlagen für die Bevölkerung und welche Gefahren bieten sie für Umwelt und Menschen?

Schäden an Mensch und Umwelt

Auf den ersten Blick ist Fracking ein rentables Geschäft, doch die Schäden für die Gesundheit und die Umwelt sind immens. Durch die vertikalen Bohrungen wird vermehrt giftiges Fracfluid freigesetzt, um das Gestein aufzubrechen. Dies führt zu einer Verschmutzung des Grundwassers und gefährdet so unsere Trinkwasserversorgung. Zudem birgt Fracking noch andere Gefahren für Menschen. Im Landkreis Rotenburg sind die Zahlen an leukämischen Erkrankungen bei Männern in der Samtgemeinde Bothel, im Gegensatz zu anderen Kommunen, deutlich gestiegen. Als mögliche Ursache gelten verschiedene lokale Kohlenwasserförderungsanlagen. Eine Studie des niedersächsischen Gesundheitsamtes aus 2014 zeigt: „In der Nähe von Gasförderstätten im Landkreis Rotenburg ist die Krebsrate hoch.“ Jedoch fallen in den anderen 14 Landkreisen, die ebenfalls untersucht wurden, die Werte geringer aus. Das Krebsrisiko sei also grundsätzlich nicht dort höher, wo Erdgas gefördert werde, jedoch klärt die Studie nicht, warum es gerade im Landkreis Rotenburg so sei.

Eins lässt sich aber sagen: Solange die Langzeitfolgen der Erdgasförderung für unsere Gesundheit nicht endgültig erforscht sind, lässt sich nicht ausschließen, dass wir durch die Förderung unsere Bevölkerung einer nicht einzuschätzenden Gefahr aussetzen.

Ökonomischer Nutzen

Unternehmen, die auf dem Gebiet einer Kommune Erdgas fördern, müssen, wie jedes andere Unternehmen, Gewerbesteuern zahlen. Diese Einnahmen sind für einige Kommunen eine wichtige Haushaltsquelle. Einmal verhelfen sie den Kommunen, Gebäude besser instand zu halten, aber auch können Straßen ausgebessert und Steuern für die Bürger*innen in den Kommunen gesenkt werden. Es lässt sich sagen, dass für die Kommunen, die Einnahmen der Förderungen lukrativ sind und zur Entwicklung der Kommunen beitragen.

Aber nicht nur die Kommunen profitieren finanziell von der Erdgasförderung, sondern auch die Länder. Im Jahr 2017 betragen die Förderabgaben 250 Millionen Euro. Der größte Teil davon fiel dem Land Niedersachsen zu, dabei wurden die üblichen Steuern und Abgaben der Unternehmen noch nicht miteinberechnet. Also auch für die Bundesländer ist die Erdgasförderung ein lukratives Geschäft. Jedoch ist diese Einnahmequelle nur solange verfügbar, wie Gas in den Bohrstellen vorhanden ist. Sind die Vorkommen soweit erschöpft, dass sich die weitere Förderung nicht mehr rentiert, ziehen die Unternehmen weiter, auf der Suche nach einer neuen Quelle. Das Geschäft mit Erdgas ist, wie mit allen fossilen Rohstoffen, terminiert und kann nicht ewig geführt werden.

Fazit

Erdgasförderung trägt im ländlichen Raum in vielen Kommunen zu einer besseren Infrastruktur bei. Auch die Länder profitieren sehr davon und haben durch die zur Verfügung stehenden Mittel mehr Kapazitäten, um auch ländliche Regionen zu unterstützen. Aber es darf nicht vergessen werden, dass die Förderung von Erdgas für Mensch, Tier und Umwelt Gefahren birgt. Einige davon sind noch nicht erforscht genug, um die Ausmaße der Kosten, die wir vielleicht erst in der Zukunft tragen müssen, zu erfassen.

Dazu kommt, dass die Förderung ökonomisch nicht nachhaltig ist. Es ist nicht wie bei einem Unternehmen, das sich in einer Region ansiedelt, um langfristig Arbeitsplätze zu schaffen, sondern es sind rein die Gasvorkommen, die diese Regionen für die Unternehmen attraktiv machen. Langfristig werden die Arbeitsplätze wieder wegfallen sowie die Einnahmen der Kommunen, da diese die Unternehmen nicht langfristig an sich und die Infrastruktur binden können.

Bei der notwendigen Energiewende, die auch für uns Jusos eine Notwendigkeit darstellt, spielt Erdgas eine große Rolle. Erdgas soll als Energieträger eingesetzt werden, um den Verlust der wegfallenden Stein- und Braunkohle auszugleichen. Es kann vielleicht kurzfristig Klimaschutzziele einhalten, ist aber als fossiler Brennstoff keineswegs eine Alternative zu erneuerbaren Energien. Wir als Jusos streben langfristig weiterhin die Energiewende durch Ökostrom an, um jungen Menschen eine sichere Zukunft bieten zu können, was Gesundheit, Erhaltung unserer Natur und Umwelt anbelangt.

Quellen:

<https://www.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/energie/fossile-energien/erdgas/17067.htm>

https://www.nlga.niedersachsen.de/startseite/umweltmedizin/umweltepidemiologie/krebsclusteruntersuchungen/krebsclusteruntersuchung_in_der_samtgemeinde_bothel/krebsclusteruntersuchung-bothel-157055.html#:~:text=In%20der%20zur%20Samtgemeinde%20Bothel,wurde%20die%20lokale%20Kohlenwasserstoff%3%B6rderung%20benannt.

<https://www.grin.com/document/368579>

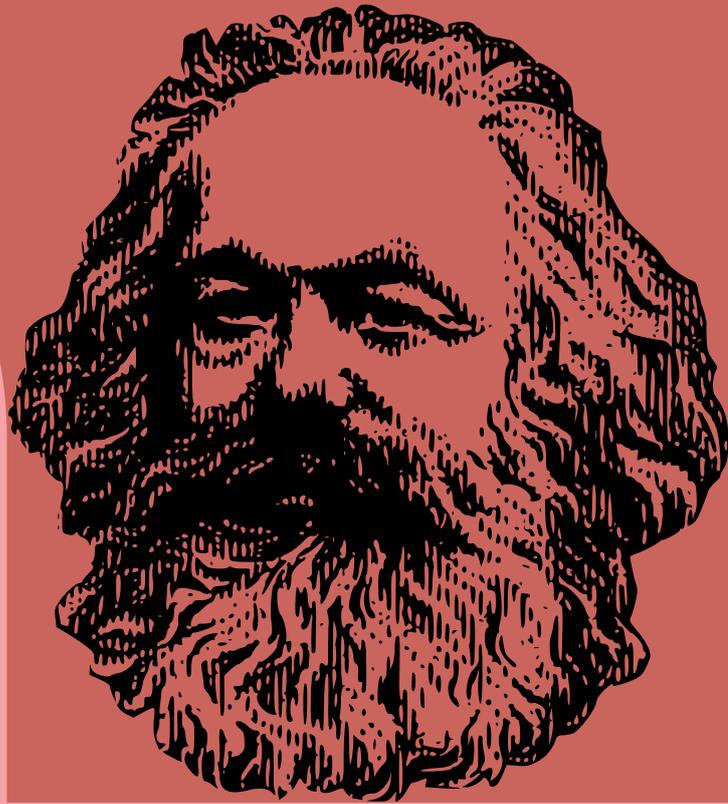
<https://www.grin.com/document/368579>

<https://corporate.exxonmobil.de/Energie-und-Umwelt/Erdgas/Entstehung-und-Erkundung#:~:text=Erdgas%20ist%20wichtig%20f%C3%BCr%20Deutschland&text=Vielmehr%20profitieren%20die%20Bundesl%C3%A4nder%20%C3%BCber,aktuell%20dem%20Land%20Niedersachsen%20zukommt.>

<https://corporate.exxonmobil.de/Energie-und-Umwelt/Erdgas/Entstehung-und-Erkundung#:~:text=Erdgas%20ist%20wichtig%20f%C3%BCr%20Deutschland&text=Vielmehr%20profitieren%20die%20Bundesl%C3%A4nder%20%C3%BCber,aktuell%20dem%20Land%20Niedersachsen%20zukommt.>

<https://www.bdew.de/energie/erdgas/die-rolle-von-erdgas-der-energiewende/>

BUCHEMPFEHLUNG:



Karl Marx ist einer der wichtigsten Vordenker des Sozialismus, wenn nicht sogar der wichtigste überhaupt, so mag es zumindest scheinen, so omnipräsent, wie er in jeder Diskussion über den Sozialismus ist.

Problem ist, dass viele Diskussionen über die Werke von Marx durch extreme Unkenntnis über die eigentlichen Aussagen von ihm geprägt sind. So findet man in einer Diskussion mit liberal gesinnten Menschen meist Vorurteile und "Argumente", die von absoluter Unkenntnis und Arroganz gegenüber Marx Werken geprägt sind. Nach diesen Dummheiten kann man sich beinahe die Uhr stellen.

Problematisch ist auch weiterhin, dass Marx Hauptwerke wie zum Beispiel "Das Kapital" schlicht sehr lange Brocken sind, die oft einiges an Zeit und Arbeit brauchen, um sie durchzulesen und noch mehr davon, um sie einigermaßen zu verstehen. Man mag jede*r Person, die diese Lektüre so vor sich her schiebt oder auf kurze Beschreibungen liest, zumindest mit ein wenig Sympathie betrachten, denn nicht jede*r von uns hat die Energie für solche Brocken, schließlich ist dies auch kein Roman, sondern eine Analyse ökonomischer und gesellschaftlicher Zustände.

Wer zumindest eine Empfehlung möchte, um die Grundzüge von Marx zu verstehen, ohne dass es eine allzu harte Aufgabe wird, darf sich extrem glücklich schätzen, dass Eleanor Marx einen Vortragstext ihres Vaters veröffentlicht hat. "Lohn, Preis und Profit" ist eine sehr kurze Lektüre von nur circa 80 Seiten und fasst sehr gut Marx' Mehrwerttheorie und die Arbeitswerttheorie zusammen und ist relativ preiswert zu erhalten.

Es ist jeder Person, die sich zumindest eine grundlegend fundierte Meinung über marxistische Theorie bilden möchte, sehr zu empfehlen.

INFOS VOM BEVO

Bisherige Podcast-Folgen:

Folge 1: Uwe Santjer, warum machst du eigentlich Politik?

Folge 2: Montagsmahnwachen damals, Coronademos heute? mit Johannes

Folge 3: Petra Tiemann, was macht eigentlich eine Landtagsabgeordnete?

Folge 4: Länderreport Kolumbien mit Frederik Burdorf und Kristin Lindemann

Folge 5: Jessica Rosenthal, wie gestalten wir die Zukunft nach der Pandemie?

Folge 6: Die Zukunft der Außenpolitik ist feministisch - Mit Mia Thiel

Folge 7: Rettet das Wattenmeer! - Mit Tanja Schlampp und Jannes Schulz

Bisherige Erklärvideos:

Abrufbar unter: <https://www.jusosnn.de/erklaervideos/>

No. 1: #flattenthecurve

No. 2: Wie schreibe ich einen Antrag?

No. 3: Wie schreibe ich eine Pressemitteilung?

No. 4: Gliederungen der Jusos Nord-Niedersachsen

No. 5: Antifa?

No. 6: Wahlen in den USA (auch als IGTV)

No. 7: Vereinte Nationen? (auch als IGTV)

No. 8: Was ist das Pariser Klimaschutzabkommen? (auch als IGTV)

No. 9: Sozial-ökologische Transformation (auch als IGTV)

No. 10: Landflucht (auch als IGTV)

IMPRESSUM

Redaktion

Belana Schwarz
Lasse Rebbin

Lektor*innen

Jan-Felix Hölling
Belana Schwarz

Umsetzung Design

Fynn Hinck

Verfasser*innen

[Gast] Aynur Colpan
[Gast] Jannes Schulz
[Gast] Franz Neuhaus
[Gast] Johannes Hochhaus
Kirsti Elle
Lasse Rebbin
Belana Schwarz
Fynn Hinck

Jungsozialist*in

Jahrgang 4 - 2021
Ausgabe Juni 2021

Herausgeber*innen

Jusos in der SPD
Bezirk Nord-Niedersachsen
Archivstraße 1
21682 Stade

Hinweise:

Die Texte und Fotos wurden mit viel Liebe und Arbeit geschrieben und gemacht. Bitte veröffentlicht davon nichts ungefragt anderswo im Internet.

Kritik, Anregungen und Themenwünsche gerne an: [jusosnn\(at\)gmail.com](mailto:jusosnn(at)gmail.com), unsere fb- oder Instagram-Seite!

Alle verwendeten Bilder, so nicht anders gekennzeichnet stammen von den Autor*innen selbst oder sind gemeinfrei und zur Verwendung freigegeben.



@jususnn



/jususnn



info@jususnn.de



NoNie FM - Der Klönschnackpodcast



jususnn.de